

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

23.02.2018

Wir sind bereit

Die Union hat mit der Einigung auf einen Koalitionsvertrag gezeigt, dass wir für eine stabile Bundesregierung bereit sind. Die CSU hat dem Koalitionsvertrag als erste der drei Koalitionspartner durch ihren Vorstand am 8. Februar 2018 zugestimmt. Die CDU wird hierüber bei ihrem Bundesparteitag am nächsten Montag abstimmen.

Zugleich sendet die CDU mit dem Wechsel im Amt des Generalsekretärs ein Zeichen der Erneuerung. Es ist außergewöhnlich, dass Annegret Kramp-Karrenbauer ihr Amt als Ministerpräsidentin aufgeben will, um als Generalsekretärin der Partei zu dienen. Dies zeugt von großer Verantwortungsbereitschaft, die wir gerade in diesen unruhigen politischen Zeiten brauchen. Gleichzeitig gilt unser Dank Peter Tauber für seinen Einsatz und sein Wirken in den letzten vier Jahren. Wir wünschen ihm gute Gesundheit!

Die Union ist inhaltlich gut aufgestellt. Der Koalitionsvertrag stellt eine gute Grundlage für die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger dar. Es ist uns gelungen, wichtige Inhalte unseres Regierungsprogrammes im Koalitionsvertrag mit der SPD festzuschreiben. Es geht um die Modernisierung Deutschlands bei einer Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, indem wir die innere und die soziale Sicherheit ausbauen. Gleichzeitig wollen wir ein starkes Europa – das ist unser Ansatz für die kommenden vier Jahre.

Es wird bei der „schwarzen Null“ bleiben – darauf werden wir als Unionsfraktion achten, denn der Deutsche Bundestag beschließt den Bundeshaushalt und niemand anderes. Zudem haben wir festgeschrieben, dass die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages und des Haushaltsausschusses bei finanzwirksamen Entscheidungen auf EU-Ebene gewahrt bleiben; das gilt nicht nur, aber insbesondere bei einer möglichen Weiterentwicklung der Eurozone oder des ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus).

Wir werden die Bürger entlasten und den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Steuerzahler ab 2021 abschaffen. Dank der guten wirtschaftlichen Lage bleiben viele Gestaltungsmöglichkeiten für Investitionen in die Zukunft. So stellen wir Milliarden für Familien und die Modernisierung der Schulen zur Verfügung. Gleichzeitig wird der Bund dabei helfen, dass Grundschulkindern den ganzen Tag verlässlich betreut werden. Wir fördern den Ausbau des schnellen Internets in ganz Deutschland und sorgen dafür, dass bereitstehendes Geld schneller in Straßen und Schienen, aber auch in Wohnraum und Datenautobahnen verbaut werden kann.

Nicht nur Beschäftigte, sondern auch Familien, Rentner und Studenten können sich auf mehr Geld freuen – höheres Kindergeld, Grundrente, Mütterrente II und höheres BAföG sind hierfür die Stichworte.

Wir stärken die Wirtschaft mit einer umfassenden Fachkräftestrategie und weiteren Investitionen in Forschung, Entwicklung und künstliche Intelligenz. Wir investieren in den ländlichen Raum und bekennen uns klar zur Vielfalt in der Landwirtschaft.

Schließlich konnten wir uns mit unserer Idee der Steuerung und Begrenzung der Migration durchsetzen: Deutschland steht zu seinen humanitären Verpflichtungen, wir sorgen aber dafür, dass Nicht-Verfolgte unser Land verlassen und somit die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht überfordert wird. Damit begegnen wir den Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger.

Selbst wenn es bei den Verhandlungen den einen oder anderen schmerzlichen Kompromiss gab, sind wir mit dem Ergebnis bestmöglich unserer Verantwortung den Bürgern und dem Land gegenüber gerecht geworden.

Deutsche Exporte weiter auf Rekordniveau.

Im Jahr 2017 wurden von Deutschland Waren im Wert von 1 279,4 Milliarden Euro exportiert. Demgegenüber standen Importe von 1 034,6 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anstieg von 6,3 Prozent; respektive 8,3 Prozent gegenüber den bisherigen Höchstwerten aus dem Jahr 2016, wie das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt. Dementsprechend sank der deutsche Außenhandelsüberschuss im vergangenen Jahr leicht von 248,9 Milliarden Euro auf 244,9 Milliarden Euro. Wichtigster Handelspartner bleibt die Europäische Union, in deren Mitgliedstaaten Waren im Wert von 750 Milliarden Euro exportiert wurden. Im selben Zeitraum betragen die Importe aus der EU 682,5 Milliarden Euro. (Statistisches Bundesamt)

Weniger künstliche Intelligenz gewünscht

Einer repräsentativen Umfrage des Digitalverbands Bitkom zufolge wünscht sich die Mehrheit der Bundesbürger den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI), um den Verkehrsfluss zu verbessern und Unfälle zu vermeiden. Demzufolge halten es 9 von 10 Bundesbürgern (89 Prozent) für sinnvoll, dass KI-basierte Systeme eingesetzt werden, um die optimal Fahrtroute zu finden und vor Unfallgefahren rechtzeitig zu warnen. Weiterhin gehen 86 Prozent der Befragten davon aus, dass KI-optimierte Ampelschaltungen innerstädtische Staus verringern werden. Eine knappe Mehrheit der Deutschen (58 Prozent) hält es zudem für sinnvoll, Künstliche Intelligenz auch bei selbstfahrenden Fahrzeugen einzusetzen. Die Zustimmung der jüngeren Generation zwischen 14 und 29 Jahre (65 Prozent) fällt hierbei et-was stärker aus als bei Älteren ab 65 Jahren, was einem Prozentsatz von 54 Prozent entspricht. (Bitkom)

Fördermittel beantragen

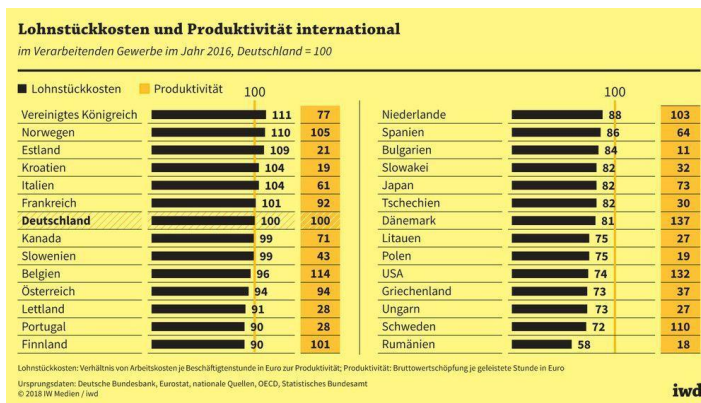
Städte und Gemeinden in der EU können Hilfen aus dem Gemeinschaftshaushalt bekommen, um bestimmte Aktionen für Umwelt- und Klimaschutz zu finanzieren. Bis zum 30. März können Mittel für „Urban Innovative Actions“ beantragt werden. Über diesen Aufruf stehen bis zu 100 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (ERDF) bereit. Gefördert werden sollen kreative Projekte in den Bereichen Anpassung an den Klimawandel, Verbesserung der Luftqualität, klimafreundliche Gebäude und „Jobs und Fertigkeiten für die örtliche Wirtschaft“. (<http://www.uia-initiative.eu/en/call-proposals>)

Standortnachteil für Deutschland

Im internationalen Vergleich ist das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland weiterhin mit hohen Lohnstückkosten belastet. Seit dem Jahr 2011 haben sich

die Arbeitskosten im Verhältnis zur Produktivität so gar ungünstiger entwickelt als in wichtigen Konkurrenzländern. Die Kritik ausländischer Politiker hält sich hartnäckig: Durch zu niedrige Lohnabschlüsse habe Deutschland eine übermäßige Wettbewerbsfähigkeit zulasten des Auslands erreicht, die sich in hohen Leistungsbilanzüberschüssen widerspiegeln. Tatsächlich aber kann von einem kostenbezogenen Wettbewerbsvorteil der deutschen Industrie keine Rede sein:

(Grafik, iwd): Deutschland hatte 2016 im Vergleich von 28 Ländern die siebthöchsten Lohnstückkosten.



Damit wird auch klar: Obwohl die Produktivität der deutschen Industrie das Niveau der Konkurrenz insgesamt um 10 Prozent übertrifft, reicht das leider nicht, um den Wettbewerbsmangel der hohen deutschen Arbeitskosten auszugleichen. (www.iwd.de)

Frauen im Wissenschaftssystem

Frauen machen heute häufiger Abitur als Männer, sie studieren häufiger, und sie verfassen fast die Hälfte aller Promotionen. Damit mehr Frauen sich für Berufswege in der Wissenschaft entscheiden, braucht es strukturelle Veränderungen. Derzeit ist nur etwas mehr als jede fünfte Professur in Deutschland mit einer Frau besetzt. Nach der Promotion verlassen überdurchschnittlich viele Frauen die Wissenschaft. Deutlich weniger als ein Drittel der Habilitationen werden von Frauen geschrieben. Daher hat das Bund/Länder unterstützte Professorinnen-Programm weitere Mittel erhalten. Das Volumen für die dritte Programmphase wird auf 200 Millionen Euro aufgestockt. Weitere Informationen zum Thema unter: <https://www.bmbf.de/de/das-professorinnenprogramm-236.html>

Zitat

„Der Bundestag ist der falsche Ort für die Bewertung einer Satire. Wir sind hier kein 'Literarisches Quartett'.“ (MdB Alexander Throm über einen Antrag der AfD, der eine Kritik von früheren Äußerungen Deniz Yücel's verlangt, am Donnerstag im Parlament)